

# London will afghanische Jugendliche deportieren

Die britische Grenzwa- che plant, minderjährige Asylsuchende aus Afghanistan gegen ihren Willen in die Heimat zurückzuschicken. Die Europäische Union hegt ähnliche Pläne.

Martin Alioth, Dublin

Ende März schrieb die britische «Border Agency», der für Einwanderung, Einbürgerung und Asyl zuständige Teil des Innenministeriums, einen ungewöhnlichen Auftrag aus: Unter dem Kürzel 2010/S 62-092408 wurden Offerten bis zu einem Höchstbetrag von vier Millionen Pfund erbeten, ausgeschaffte afghanische Asylanter in ihrem Heimatland zu betreuen. Der erfolgreiche Bewerber sollte etwa 120 Erwachsenen pro Monat behilflich sein, sich in die afghanische Gesellschaft zu

integrieren. Streckenweise klingt der Projektbeschrieb, wie wenn er für eine heruntergekommene Industriestadt im Norden Englands formuliert worden wäre. Da ist von Ausbildungskursen die Rede, von Startkapital für Selbständige und von der Hilfe bei der Stellensuche. Nur der Passus, dass die Schützlinge auch vom Flughafen Kabul abgeholt werden müssen, erhellt die ungewöhnliche Aufgabe.

Die Sensation kommt am Schluss: Die Offerte soll auch die Ankunft von etwa zwölf 16- bis 17-jährigen, männlichen Afghanen pro Monat einkalkulieren. Für sie muss möglicherweise noch ein Schulplatz gefunden werden sowie natürlich Unterkunft. Die Vertragsdauer ist auf drei Jahre festgelegt. Die Grenzwa- che hat gegenüber der «NZZ am Sonntag» bestätigt, der Auftrag solle im August vergeben werden.

Im vergangenen Jahr ersuchten 2985 unbegleitete Minderjährige um briti-

## 20 410 Afghanen

Mehr als 20 000 Flüchtlinge aus Afghanistan stellten 2009 einen Asylantrag in einem Land der EU. Die meisten Gesuche wurden in Norwegen eingereicht, immerhin fast 4000 Asylanträge gab es in Grossbritannien.

sches Asyl. 1525 von ihnen waren afghanische Staatsbürger.

Die zwangsweise Ausschaffung unbegleiteter Minderjähriger ist neu. Bisher wurden Jugendliche nur dann zurückgeschickt, wenn im Heimatland ein Verwandter die Verantwortung übernahm. Die britische Sektion von Amnesty International nannte die britischen Pläne «sehr gefährlich» und befürchtete, die Deportierten könnten leicht von den Taliban rekrutiert werden. Eine britische Organisation, die sich um Folteropfer kümmert, berich-

tete von traumatisierten Kindern aus Afghanistan, die nur im friedlichen Grossbritannien psychologisch betreut werden könnten.

Doch die Briten stehen keineswegs allein. Am 3. Juni beschlossen die Innen- und Justizminister der EU, die Zusammenarbeit bei der Rückschaffung Minderjähriger in ihre Herkunftsländer zu vertiefen. Norwegen will diesen Herbst ein Auffangzentrum für hundert Jugendliche in Kabul eröffnen. Schweden und Dänemark prüfen ähnliche Projekte.

Der britische Kurswechsel wurde schon unter der inzwischen abgewählten Labour-Regierung geplant. Aber angesichts der Tatsache, dass letzte Woche ein Helikopter von Premierminister David Cameron hastig umgeleitet werden musste, weil eine Taliban-Attacke drohte, kann niemand behaupten, Afghanistan sei ein ruhiges Pflaster für schutzbedürftige Jugendliche.